

Für eine Rentenangleichung Ost auf Westniveau! Gleiche Rente für gleiche Lebensleistung

Bei der Angleichung der ostdeutschen Renten auf das Westniveau geht es um Gerechtigkeit – und nicht um Almosen. Es muss gelten: Gleiche Rente für gleiche Lebensleistung! Viele Ungerechtigkeiten bestehen noch bei der Rentenüberleitung. Aber mit der Anhebung würde endlich ein zentrales einigungspolitisches Versprechen eingelöst.

Deswegen hat DIE LINKE am 17. März 2011 erneut einen Antrag zur Rentenangleichung in den Bundestag eingebracht:

- Zum 01.07.2011 werden die Renten auch im Osten nur um 1 Prozent steigen. Der sogenannte aktuelle Rentenwert bleibt damit für Ostdeutsche mit 24,37 Euro weiterhin um elf Prozent geringer als der Rentenwert für Westdeutsche in Höhe von 27,47. Das hat die bekannten bitteren Folgen: Nach 45 Jahren durchschnittlichem Verdienst erhalten Ostdeutsche 140 Euro weniger Rente als Westdeutsche. Damit wird die wirtschaftliche Lebensleistung der Ostdeutschen in der Rentenversicherung schlechter bewertet als die der Westdeutschen. Gerecht geht anders!
- Die Alterseinkünfte sind im Osten 18 Prozent geringer als im Westen. Das liegt vor allem daran, dass die gesetzliche Rente bei den Ostdeutschen mehr als 90 Prozent ihres gesamten Alterseinkommens ausmacht. Auch deswegen muss die gesetzliche Rente wieder gestärkt werden!
- Knapp die Hälfte aller Beschäftigten in Ostdeutschland arbeitet ohne Tarifvertrag, und die Löhne und Gehälter liegen nach wie vor ein Viertel unter denen im Westen. Zudem müssen Ostdeutsche für einen annähernd gleichen Lohn oft länger arbeiten und auf im Westen übliche Sonderzahlungen verzichten. Das ist die nach wie vor die traurige Wahrheit!
- Auch für die Berechnung der Renten in Ostdeutschland ist das westdeutsche Durchschnittseinkommen ausschlaggebend. Deswegen werden ostdeutsche Arbeitsentgelte rechnerisch angeglichen. Diese Hochwertung ist als pauschaler Nachteilsausgleich solange notwendig, wie die starken regionalen Lohnunterschiede zwischen Ost und

West bestehen.

- Mehr als 20 Jahre überdauert nun schon das Zweiklassensystem in der gesetzlichen Rente. Mehr als 20 Jahre warten ostdeutsche Rentnerinnen und Rentner auf Gerechtigkeit. Mehr als zwanzig Jahre haben alle Bundesregierungen bei der Rentenangleichung Sankt-Nimmerleins-Politik betrieben. Damit muss Schluss sein!

DIE LINKE fordert:

- Die Rentenangleichung muss eine deutliche Verbesserung für alle heutigen ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner bringen, ohne die Situation der westdeutschen Rentnerinnen und Rentner zu verschlechtern.
- Die Hochrechnung der Arbeitsentgelte in Ostdeutschland muss beibehalten werden.
- Die Angleichung soll am 1. Januar 2012 beginnen und bis 2016 abgeschlossen sein. Die LINKE will, dass möglichst viele Rentnerinnen und Rentner möglichst schnell Gerechtigkeit erfahren. DIE LINKE, ver.di, die Volkssolidarität und andere schlagen dafür einen steuerfinanzierten, stufenweise steigenden Zuschlag vor.
- Es darf nicht sein, die Angleichung gegen eine vernünftige Wirtschafts- und Lohnpolitik für Ostdeutschland auszuspielen. Wir müssen das eine tun, ohne das andere zu lassen. Das ist machbar, und das muss gemacht werden. Ab sofort!

www.die-linke.de/

www.linksfraktion.de

Stand: 17.03.11. V.i.S.d.P. Matthias W. Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

DIE LINKE.